



II. Gekommen, um zu bleiben – Deutschlands Engagement im Indo-Pazifik: Sicherheits- und technologiepolitische Initiativen starten

Jan Fuhrmann und Stefan Scheller, Arbeitskreis Junge Außenpolitiker

- ▶ Mit der Entsendung der Fregatte „Bayern“ im August 2021 unternahm die Bundesregierung einen ersten wichtigen Schritt, um ihren sicherheitspolitischen Anspruch im Indo-Pazifik zu untermauern. Um künftig jedoch einen nachhaltigen wie substanziellen Beitrag zur Stabilität der Region leisten zu können, bedarf es eines breit gefassten Sicherheitsansatzes. Die Entsendung der Fregatte sollte nur als Ausgangspunkt eines zu verstetigenden deutschen und europäischen Engagements im Indo-Pazifik verstanden werden.
- ▶ Deutschland sollte bestehende Beziehungen zu Partnern in der Region stärken und gezielt neue strategische Interdependenzen knüpfen. Dabei sollte das sicherheitspolitische Engagement insbesondere in drei Bereichen ausgebaut werden: Erstens, Ausbau von Technologiepartnerschaften, zweitens, Ertüchtigung von und Übung mit regionalen Partnern und, drittens, strategischer Ausbau von Rüstungsbeschaffungen und Rüstungsexporten in der Region.
- ▶ Der Indo-Pazifik wird Kristallisationspunkt der internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert sein. Für Deutschland wird es erheblich darauf ankommen, mehr als bislang zur Stärkung der liberalen, regelbasierten Ordnung beizutragen.

Inhaltsverzeichnis

Sicherheitspolitisch dauerhaft, nachhaltig und substanziell in der Region agieren	2
Ein notwendiges und lohnenswertes Engagement	6
Impressum	8

Die wirtschaftliche und strategische Bedeutung des Indo-Pazifiks ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. So gilt der Raum als eine der dynamischsten Regionen der Welt mit einer überdurchschnittlich jungen Bevölkerung und rasant wachsenden Märkten. Einige der weltweit wichtigsten Handels- und Seerouten führen durch diese globale Schlüsselregion. Gleichzeitig ist die Region zu einem Schauplatz geopolitischer Rivalitäten, zunehmender Militarisierung sowie territorialer Streitigkeiten geworden und entwickelt sich mehr und mehr zu einem Pulverfass. Durch den wachsenden regionalen sowie globalen Gestaltungsanspruch Chinas und durch das expansive Vorgehen der Volksrepublik haben die Spannungen mit den USA, aber auch mit mehreren Staaten in der Region in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Der Indo-Pazifik ist verstärkt ins Blickfeld der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gerückt, und mit der Verabschiedung der Indo-Pazifik-Leitlinien im September 2020 hat Deutschland ein klares Bekenntnis für mehr Engagement mit den Anrainerstaaten vorgelegt und angekündigt, sich stärker für seine Interessen in diesem Raum einzusetzen. Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich in einer Reihe von Hintergrundgesprächen mit Experten und Expertinnen – insbesondere aus der Region – damit beschäftigt, welche Erwartungen die Partner im Indo-Pazifik an die deutsche Rolle haben und wie die Leitlinien mit Leben gefüllt werden können. In drei Papieren machen die Autoren des Arbeitskreis Junge Außenpolitiker konkrete Vorschläge, wie Deutschland sein Engagement in der Region in den Feldern (I) Rohstoff-, (II) Sicherheits- und (III) Handelspolitik ausbauen kann. In diesem zweiten Papier argumentieren Jan Fuhrmann und Stefan Scheller für ein strategisches und langfristiges sicherheitspolitisches Engagement in der Region.

Sicherheitspolitisch dauerhaft, nachhaltig und substanziell in der Region agieren

Als die Bundesregierung im September 2020 ihre außenpolitischen Leitlinien für die Indo-Pazifik-Region verabschiedete, wurde sie dafür in der innenpolitischen Debatte stellenweise belächelt. Dabei hatten verschiedene internationale Partner bereits in den Jahren zuvor vergleichbare Papiere veröffentlicht. Innerhalb der EU war Deutschland nach Frankreich erst das zweite Land mit einer Strategie für die Region. Umso besser also, dass auch die Bundesregierung auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Strategie ihre Interessen, Prioritäten und Politikansätze für die wirtschaftlich aufstrebende, aber auch potenziell konfliktrichtige, Region darlegt. Schließlich charakterisiert sie die Region nicht zu Unrecht als „Schlüssel für die Ausgestaltung der internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert“.

Mit der Entsendung der Fregatte „Bayern“ am 2. August 2021 unternahm die Bundesregierung einen ersten wichtigen Schritt, um ihren durchaus ambitionierten sicherheitspolitischen Anspruch als „global agierende Handelsnation und Verfechter einer regelbasierten internationalen Ordnung“² zu untermauern – wenn auch eher symbolisch. Dennoch: Dass Deutschland erstmals nach knapp 20 Jahren wieder eine Fregatte in die Region entsendet hat, ist ein wichtiges Signal.

Entsendung
der Fregatte
„Bayern“ als erster
wichtiger Schritt

Die Verabschiedung der Leitlinien und die Entsendung der Fregatte sind erste Schritte eines zu verstetigenden deutschen und europäischen Engagements im Indo-Pazifik. Als global vernetzte Industrie-, Handels- und Technologienation hat Deutschland auch in Zukunft ein elementares Interesse daran, aktiv zu Sicherheit und Stabilität in der Region beizutragen.

Um künftig jedoch einen nachhaltigen wie substanziellen Beitrag zur Stabilität im Indo-Pazifik leisten zu können, bedarf es eines breit gefassten Sicherheitsansatzes. Die Leitlinien legen dafür einen Grundstein und bieten verschiedene Ansatzpunkte. Denn die Entsendung der Fregatte sollte nur als Ausgangspunkt eines zu verstetigenden deutschen und europäischen Engagements in der Region verstanden werden. Statt sich also lediglich auf der Entsendung des deutschen Schiffes auszuruhen, ist es dringend geboten, darüber nachzudenken, wie ein weit gefasster und angemessener Sicherheitsansatz mittel- und langfristig im Indo-Pazifik zu gestalten ist und umgesetzt werden kann.

Eine Dauerpräsenz der deutschen Marine mittels eines oder mehrerer Schiffe ist im Rahmen des derzeitigen *Single Set of Forces* der Bundeswehr kurz- bis mittelfristig unwahrscheinlich, wenn nicht gar unmöglich. Die kleinste Bundesmarine seit der Wiedervereinigung sowie umfangreiche bestehende Verpflichtungen in der direkten europäischen Nachbarschaft (Ostsee, Nordsee, Mittelmeer und Atlantik) lassen dies schwierig erscheinen. Umso mehr werden Bundesregierung und Bundeswehr kurzfristig gefordert sein, ihrer Rolle als verlässliches „Rückgrat“³ der konventionellen Verteidigung Europas in wesentlich höherem Maße nachzukommen als bisher. Dies kann zu einer Entlastung der USA im transatlantischen Bündnis beitragen und käme dem Zusammenhalt innerhalb der transatlantischen Allianz sowie der Stärkung des US-Streitkräftedispositivs im Indo-Pazifik unmittelbar zugute.

Die Interessen, Ziele und strategischen Prioritäten, an denen sich das über die Fregatte hinausreichende deutsche Engagement im Indo-Pazifik orientieren muss, ergeben sich aus dem Weißbuch 2016 und den im vergangenen Jahr verabschiedeten Leitlinien für die Region. Im sicherheitspolitischen Sinne sind dies vor allem „Frieden und Sicherheit“, „Diversifizierung und Vertiefung der Beziehungen“, „offene Seewege“, „offene Märkte und Freihandel“, vor allem aber auch „Digitalisierung und Konnektivität“.⁴

In der Praxis muss dies bedeuten, die sicherheitspolitischen Beziehungen zu den demokratischen Partnern der Region zu festigen und zu erweitern. Es ist ein Fußabdruck zu entwickeln, der sich durch die Bereitschaft auszeichnet, sich dauerhaft in der Region zu binden, indem Deutschland bestehende Beziehungen stärkt und gezielt neue strategische Interdependenzen mit Partnern in der Region knüpft.

Um dies zu erreichen, plädieren wir – in möglichst enger Einbindung und Koordination der EU und der NATO – für die konkrete Erweiterung des deutschen sicherheitspolitischen Engagements in drei Bereichen: Erstens, Ausbau von Technologiepartnerschaften, zweitens, Ertüchtigung von und Übung mit regionalen Partnern und, drittens, strategischer Ausbau von Rüstungsbeschaffungen und Rüstungsexporten in der Region.

1. Ausbau von Technologiepartnerschaften

Digitale Technologien sind die strategische Ressource des 21. Jahrhunderts – und dies nicht nur als Vehikel zur Ausbreitung eigener politischer Ordnungsvorstellungen, sondern auch ganz konkret für militärische Überlegenheit. Dabei geht es nicht immer um neue Erfindungen, sondern meist um die funktionsfähige Integration in ein übergreifendes militärisches Ökosystem.⁵ Aus diesem Grund beobachten wir insbesondere im digitalen Bereich ein Decoupling zwischen chinesischer und US-amerikanischer Einflussphäre. Um dieser konfliktverschärfenden Fragmentierung entgegenzuwirken und gleichzeitig die Technologiepolitik des

Es bedarf eines
weit gefassten
Sicherheitsansatzes.

Bundeswehr als
verlässliches „Rück-
grat“ der konventio-
nellen Verteidigung
Europas gefordert

Digitale Technologien
als strategische
Ressource des
21. Jahrhunderts

westlichen Bündnisses im asiatischen Raum zu stärken, müssen Deutschland und die EU den Spagat schaffen, ein Management gegenseitiger Abhängigkeiten – zumindest zwischen asiatischen, europäischen und atlantischen Demokratien – zu erwirken, ohne einer von den USA möglicherweise zunehmend stark forcierten Eskalationsdynamik im asiatischen Raum automatisch zu folgen.

Hierzu hat Deutschland wesentlich mehr einzubringen, als im deutschen Diskurs allgemein angenommen: Neben dem Zugang zum europäischen Markt und zu deutscher Hochtechnologie auch wertvolle Datenzugänge und -kontrolle und insbesondere Regulationsmacht und Standardsetzung, die ihresgleichen suchen. Bei technischen Standards sind Deutschland und die Europäische Union sogar die normsetzende Supermacht.⁶ Wir werben in diesem Zusammenhang für drei Vorschläge:

Bei technischen Standards sind Deutschland und die EU normsetzende Supermacht

Erstens, sollte der im Juni 2021 ins Leben gerufene *Trade and Technology Council* der USA und der EU so ausgestaltet werden, dass er über die Frage der Regulierung von Plattformen hinaus auch einen Gegenpunkt zum Überwachungsinternet darstellt und hierüber die Andockfähigkeit für asiatische Demokratien, insbesondere für Japan, Australien, Südkorea und Taiwan, schafft. Er könnte so als demokratisches Technologiebündnis und Vehikel genutzt werden, um sich auf gemeinsame Standards in sicherheitsrelevanten Bereichen zu einigen, zum Beispiel bei KI, Cybersicherheit, 5G/6G, Cloud Computing, Big Data sowie Raumfahrt und Satellitentechnik. Perspektivisch würde somit Vertrauen aufgebaut, damit sich die Teilnehmerstaaten beim Fähigkeitsaufbau von gegenseitiger Konkurrenz zu Partnerschaft entwickeln können. Denn insbesondere die europäischen Staaten sind in den Bereichen KI und Cloud Computing weit abgeschlagen und auch bei Halbleitern mit den USA und Taiwan nicht konkurrenzfähig.⁷ Deshalb wären Deutschland und besonders Frankreich gut beraten, sich nach den jüngsten Entwicklungen zur Etablierung des Sicherheitsbündnisses AUKUS kompromissfähig zu zeigen.

Zweitens, plädieren wir für die Etablierung eines Komitees zur Koordinierung für multilaterale Exportkontrollen für das 21. Jahrhundert, mit dem Staaten, die wider Einhaltung internationalen Rechts an der Verwirklichung eines alternativen internationalen Ordnungssystems arbeiten, der Zugang zu strategischer Technologie verhindert wird. Wenn asiatische, europäische und nordamerikanische Demokratien zusätzlich weitere digitale und technologische Marktzugangsmechanismen angleichen, würde die Resilienz der Lieferketten im Technikbereich fundamental gestärkt.⁸ Entscheidend ist, sowohl für Deutschlands als auch für andere Staaten, dass dies eine disziplinierende Wirkung für die Außenwirtschaftspolitik der Mitglieder entfalten kann, die sie gegenseitig stärkt und die regelbasierte internationale Ordnung stützt.

Resilienz der Lieferketten im Technikbereich stärken

Sicherheitspolitische Innovationen beruhen im 21. Jahrhundert auf Daten und Datenaustausch. Der Hang zur Lokalisierung von Daten wird immer besorgniserregender für die Demokratien in Asien und Europa. Deshalb benötigen wir, drittens, eine nachhaltige politische Lösung für die Datenfrage, die (auch vor dem Europäischen Gerichtshof) Rechtsbestand hat, den internationalen Datentransfer zwischen Demokratien ermöglicht und den USA eine vergrößerte Kompromissbereitschaft abverlangt.⁹ Die EU-Kommission ist diesbezüglich von der Bundesrepublik Deutschland mit einer starken Verhandlungsmacht ausgestattet, um Datenportabilität und Interoperabilität zwischen Demokratien zu befördern.

2. Ertüchtigung von und Übung mit regionalen Partnern

Einen weiteren zentralen Anknüpfungspunkt für ein vertieftes sicherheitspolitisches Engagement im Indo-Pazifik wird auch in den Leitlinien der Bundesregierung aufgegriffen. Darin hat sie angekündigt, dass sie „im Lichte der jeweiligen Bedarfslage weitere Länder des indo-pazifischen Raumes in die Ertüchtigungsinitiative einbeziehen“¹⁰ wird. Wie dieser Passus in den

Länder des Indo-Pazifiks in die Ertüchtigungsinitiative einbeziehen

kommenden Jahren mit Leben gefüllt wird, bleibt bislang allerdings offen. Wir plädieren dafür, dass Deutschland seine 2016 begonnene Initiative¹¹ zur zentralen sicherheitspolitischen Handlungsachse für das deutsche sicherheitspolitische Engagement in der Indo-Pazifik-Region ausbaut.

Denn insbesondere die Ertüchtigungsinitiative bietet als diplomatisches wie militärpolitisches Instrument verschiedene Vorteile: Ertüchtigung schafft, erstens, Augenhöhe – spezifische Bedarfe an Ausstattung, Ausbildung und Beratung werden in enger Abstimmung mit regionalen Partnern identifiziert und vereinbart. Zweitens, unterliegt sie durch die damit einhergehende Fokussierung einer Logik der Funktionalität, anstatt dem Gießkannenprinzip zu folgen. Drittens, zeichnet sich Ertüchtigung durch Realitätssinn aus: Ihr Ziel ist nicht, neue Sicherheits- und Streitkräftestrukturen von null an aufzubauen, sondern vielmehr an bestehende, etablierte Strukturen anzuknüpfen und diese zu festigen.¹² Mit den potenziellen Partnern im Indo-Pazifik könnte Deutschland auf einem hohen Niveau ansetzen, beispielsweise bei der Ertüchtigung von Küstenwachen der Region. Viertens, schafft Ertüchtigung Austausch, persönliche Kontakte und damit Vertrauen, beispielsweise im Rahmen gemeinsamer Übungen oder durch die Entsendung deutscher Verbindungsoffiziere. Letztlich, fünftens, signalisiert ein stärkeres Engagement über Ertüchtigung auch ein klares Bekenntnis Deutschlands zu regionalen Partnern und bietet zugleich die Flexibilität, ihre Impulse im Hinblick auf die eigene Interessenlage zu erweitern und zu vertiefen.

Klares Bekenntnis zu regionalen Partnern

Eine stärkere Fokussierung von Mitteln der Ertüchtigungsinitiative auf die Indo-Pazifik-Region hätte aber auch einen disziplinierenden Effekt auf die Bundesregierung selbst: Da die Initiative aus dem Einzelplan 60 des Bundeshaushalts getragen wird, und nicht aus den jeweiligen Budgets von Außen- und Verteidigungsministerium, müssen sich beide Ressorts in jedem Fall über neue Projekte einigen. Dies kann jedoch einen Beitrag zur Weiterentwicklung der strategischen Kultur zwischen den Häusern leisten: Der Koordinierungsbedarf innerhalb der Bundesregierung würde dafür sorgen, dass die Indo-Pazifik-Region gleichermaßen für beide Ressorts automatisch immer wieder in den Vordergrund rückt.

Doch wo lässt sich im Zuge von Übungen mit regionalen Partnern ansetzen? Als global verflochtene Handels- und Technologienation, die auf die Freiheit der Seewege angewiesen ist, wäre Deutschland prädestiniert, gemeinsam mit weiteren Akteuren ein Monitoringsystem über die vielfachen maritimen Regelverstöße im Indo-Pazifik zu etablieren. Hieran hätten neben den Wertepartnern in der Region nicht nur Singapur und die Philippinen, sondern auch Malaysia und Indonesien ein vertieftes Interesse und könnten so einen wirksamen Beitrag zur Geltung internationalen Rechts leisten. Denn insbesondere im Indo-Pazifik veranschaulichen regelmäßig vollzogene (maritime) Regelverstöße knapp unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle die Machtstrukturen auf lokaler und regionaler Ebene fundamental. *Naming and Shaming* aggressiver Aktivitäten würde in diesem Zusammenhang die Grundlage dafür bilden, dass ausgeglichene Wettbewerbsbedingungen im Hinblick auf Glaubwürdigkeit und das Werben um Partner in der Region und darüber hinaus entstünden.

Monitoringsystem über die vielfachen maritimen Regelverstöße etablieren

3. Strategischer Ausbau von Rüstungsbeschaffungen und Rüstungsexporten in der Region

Verantwortungsvolle Rüstungspolitik ist erklärtermaßen ein wichtiger Baustein einer interessen- und wertegeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik. Insbesondere in Asien kann das in diesem Bereich breite deutsche Instrumentarium intensiver genutzt werden, um strategische Bindungen zu stärken und gemeinsame Resilienz zu schaffen. Nur wenn Deutschland strategische Wertschöpfungsnetzwerke mit Demokratien in Asien etabliert, kann der konfliktverschärfenden Bipolarität in der Region eine mit Fähigkeiten untermauerte Position des Multilateralismus wirksam entgegengesetzt werden. Die Komplexität moderner Waffensys-

Verantwortungsvolle Rüstungspolitik ist ein wichtiger Baustein einer interessen- und wertegeleiteten Sicherheitspolitik.

teme erfordert ein Ökosystem mit Partnern aus Wissenschaft, Industrie und Streitkräften, das insbesondere die aktive Unterstützung der deutschen Politik erfährt und sich aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten der Partner immer wieder gegenseitig verstärkt.¹³ In der Praxis ließen sich so konkrete Projekte zur gemeinsamen Beschaffung mit asiatischen Partnern identifizieren und eine längst überfällige Konsolidierung des stark fragmentierten europäischen Verteidigungsmarktes erzielen.

Über Rüstungskooperationen hinaus ist auch die Frage nach den Exporten in asiatische Staaten eine Positionierung bei der möglichen Involvierung eines Empfängerlandes in einem Konflikt, da die Empfängerstaaten mit Nachschub, Technologiekontrolle und Ausbildung eng mit dem Exporteur verbunden sind. Damit Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern als starker und einheitlich agierender Partner auftreten kann, existiert für Rüstungsexporte mit einem Beurteilungs- und Ermessensspielraum ein entscheidender Kriterienkatalog, der zwar rechtlich bindend ist, aber national unterschiedlich ausgelegt wird: der Gemeinsame Standpunkt der EU für Rüstungsexporte.

Deshalb plädieren wir neben einer intensiven Vorabprüfung entsprechend des gesetzlichen Rahmenwerks des deutschen Rüstungsexportregimes insbesondere bei Exportfragen in sogenannte Drittstaaten über die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ hinaus für eine deutsch-französisch abgestimmte einheitliche Auslegung des Gemeinsamen Standpunktes der EU, um so gemeinsam Partner aus der Region an uns und unsere konfliktentschärfende Positionierung des Multilateralismus zu binden.¹⁴ Hierzu muss insbesondere Deutschland von national geprägten Auslegungen der gemeinsamen europäischen Beschlüsse Abstand nehmen. Einen Weg, dies zu ermöglichen, bieten nicht nur die Übereinkünfte im Aachener Vertrag von 2019, sondern auch der Benutzerleitfaden des Gemeinsamen Standpunktes der EU, der bei den nationalstaatlichen Genehmigungsinstanzen die einheitliche Kriterienauslegung des Gemeinsamen Standpunktes der EU für den Export befördern soll.

Der Gemeinsame
Standpunkt der EU
für Rüstungsexporte
als entscheidender
Kriterienkatalog

Ein notwendiges und lohnenswertes Engagement

Der Indo-Pazifik wird Kristallisationspunkt der internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert sein. Für Deutschland, das wie wahrscheinlich kein anderes Land von der liberalen, regelbasierten und vor allem stabilen internationalen Ordnung profitiert hat, wird es erheblich darauf ankommen, mehr als bislang zur Tragfähigkeit dieser Ordnung beizutragen. Wenn Deutschland und die EU ihre bisherigen Zugänge in der Region halten und ausbauen wollen, ist ein verstärktes geopolitisches Engagement im Indo-Pazifik unumgänglich.

Indo-Pazifik
als Kristallisations-
punkt der internatio-
nalen Ordnung im
21. Jahrhundert

Es kann dabei aber nicht nur um ein Halten des Status quo gehen. Vielmehr bietet sich die Chance, bestehende Beziehungen zu festigen, neue Partner zu gewinnen und den liberalen, regelbasierten Multilateralismus als zentrale Handlungsmaxime deutscher und europäischer Außenpolitik zu stärken. Ein übergreifendes Engagement an der Schnittstelle von Sicherheits- und Technologiepolitik ist hierfür mit Blick auf die nächsten Jahre prädestiniert.

Dies darf aber keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass der Aufstieg neuer Mächte bereits jetzt eine klar erkennbare militärische Dimension hat. Dies erfordert mittelfristig europäische und transatlantische Antworten, sowohl auf Basis der Indo-Pazifik-Strategie der EU als auch im neuen Strategischen Konzept der NATO. Hierzu wird Deutschland als verlässlicher Pfeiler beider Bündnisse auch militärisch seinen Beitrag leisten müssen. Es ist daher angebracht, schon jetzt möglichst breit gefasst über unser sicherheitspolitisches Engagement im Indo-Pazifik zu diskutieren.

Deutschland wird
auch einen militä-
rischen Beitrag im
Indo-Pazifik leisten
müssen.

- 1 Auswärtiges Amt (2020): *Leitlinien zum Indo-Pazifik*, S. 8. Online unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf> (zuletzt abgerufen am 22.11.2021).
- 2 Ebd.
- 3 Major, C. (2015): *NATO's Strategic Adaptation: Germany Is the Backbone for the Alliance's Military Reorganisation* (SWP Comment, 16/2015). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- 4 Auswärtiges Amt (2020), S. 9.
- 5 Dies belegen bspw. Borchert, Schütz und Verbovszky, die aufzeigen, wie wenig kriegsentscheidend Drohnen in den jüngeren hybriden Konflikten waren im Gegensatz zu einer funktionierenden elektronischen Kampfführung und die Integration in ein übergreifendes militärisches Ökosystem anstelle einfacher Plug-and-Play-Lösungen. Borchert, Heiko/Schütz, Torben/Verbovszky, Joseph (2021): *Beware the Hype: What Military Conflicts in Ukraine, Syria, Libya, and Nagorno-Karabakh (Don't) Tell Us About the Future of War*. Hamburg: Defense AI Observatory. https://defenseai.eu/wp-content/uploads/2021/08/DAIO_Beware_the_Hype.pdf (zuletzt abgerufen am 22.11.2021).
- 6 Tyson Barker (2021): *Geopolitische Diplomatie und die europäische Digitalstrategie*. In: Piallat, Chris (2021) *Der Wert der Digitalisierung. Gemeinwohl in der digitalen Welt*, transcript Verlag, S. 415–431.
- 7 Sahin, Kaan/Barker, Tyson (2021): *Europe's Capacity to Act in the Global Tech Race Charting a Path for Europe in Times of Major Technological Disruption*. DGAP Report. Online unter: <https://dgap.org/en/research/publications/europes-capacity-act-global-tech-race> (zuletzt abgerufen am 22.11.2021).
- 8 Sikorski, Radek (2021): *Making the World Great Again: Europe, the United States and China. The Lisbon Council*. Online unter: <https://lisboncouncil.net/making-the-world-great-again-europe-the-united-states-and-china/> (zuletzt abgerufen am 22.11.2021). Sowie Barker, Tyson (2021): *Geopolitische Diplomatie und die europäische Digitalstrategie*. In: Piallat, Chris (2021): *Der Wert der Digitalisierung. Gemeinwohl in der digitalen Welt*, transcript Verlag, S. 430.
- 9 Die nach dem Scheitern von „Privacy Shield“ als einzige Grundlage fungierenden Standardvertragsklauseln bieten kein adäquates Niveau der Rechtssicherheit. Im Rahmen der weiteren Verhandlungen könnte der einzige Ausweg sein, dass die Überwachungsbefugnisse von US-Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden stärker beschränkt werden.
- 10 Auswärtiges Amt (2020), S. 38.
- 11 Fuhrmann, Jan/Herlitze, Anne-Kathrin/Strauß, Lena/Walravens, Henning (2017): *Ertüchtigung regionaler Partner: Vier Anforderungen an ein „neues“ Instrument der Krisenprävention*. BAKS Arbeitspapier 29/2017. https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2017_29_1.pdf (zuletzt abgerufen am 22.11.2021).
- 12 Hier unterscheidet sich der Ertüchtigungsansatz in seinem Ansatzpunkt wie auch dem Anspruch erheblich von Ansätzen des State- oder Nation Buildings wie bspw. in Afghanistan oder Mali.
- 13 Verbovszky, Joseph/Schütz, Torben (2021): *Deutschlands globales verteidigungspolitisches Wertschöpfungsnetzwerk*. In: Wehrtechnik II/2021.
- 14 Scheller, Stefan/Meng, Benedikt (2020): *Die geopolitische Rolle Deutschlands in Zeiten globaler Großmachtrivalitäten: Teil 3: Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. KAS Analysen & Argumente Nr. 403/August 2020. <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Die+geopolitische+Rolle+Deutschlands+in+Zeiten+globaler+Gro%C3%9Fmachtrivalit%C3%A4ten%2C+Teil+3+Sicherheits-+und+Verteidigungspolitik.pdf/a9f2f04-5ad0-ec79-9b1d-6443d1517c18?version=1.0&t=1597321725560> (zuletzt abgerufen am 22.11.2021).

Impressum

Die Autoren

Stefan Scheller ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker und Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Jan Fuhrmann ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Er arbeitet als Security and Risk Consultant bei Secori Advisors.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Daniela Braun

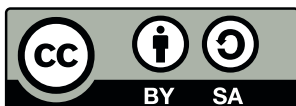
Referentin für Außen-
und Sicherheitspolitik
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3399
daniela.braun@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-020-8



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© David Mareuil/POOL/EPA-EFE/Shutterstock